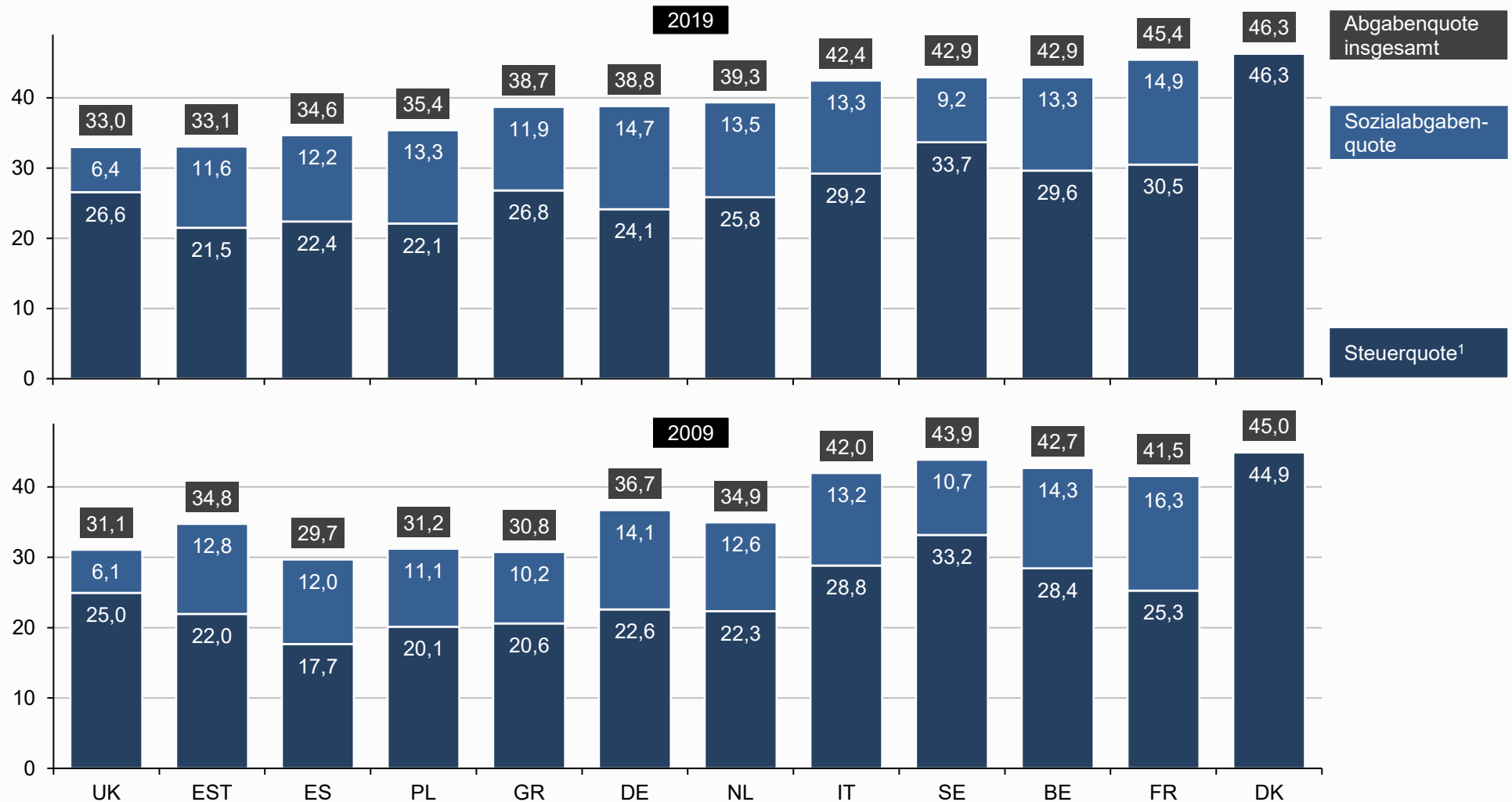


■ Abgabenquoten (Steuern und Sozialabgaben) in ausgewählten EU-Ländern 2009 und 2019 in % des BIP



¹ eigene Berechnungen

Quelle: OECD (2021): Revenue Statistics - OECD countries



Abgabenquoten (Steuern und Sozialabgaben) in ausgewählten EU-Ländern 2009 und 2019

Zu den wichtigsten Einnahmequellen der öffentlichen Haushalte zählen Steuern und Sozialabgaben. Um die Steuern und Sozialabgaben international besser vergleichen zu können, wird die Höhe des jeweiligen Gesamtaufkommens in Relation zum Bruttoinlandsprodukt gesetzt. Auf diese Weise errechnen sich Steuer- und Abgabenquote, die sich wiederum zur Gesamtabgabenquote addieren.

Die höchste Gesamtabgabenquote in der EU hatte im Jahr 2019 Dänemark mit 46,3 % vorzuweisen, gefolgt von Frankreich (45,4 %), Belgien und Schweden (jeweils 42,9%). Dagegen verzeichneten Großbritannien (33,0 %), Estland (33,1 %), Spanien (34,6 %) und Polen (35,4 %) verhältnismäßig niedrige Abgabenquoten.

Werden die Abgaben in Steuern und Sozialabgaben unterteilt, lassen sich unterschiedliche Anteile in den ausgewählten EU-Mitgliedsstaaten erkennen. So weisen Dänemark (46,3 %), Schweden (33,7 %), Frankreich (30,5 %), Belgien (29,6 %) und Italien (29,2 %) die höchsten Steuerquoten auf und damit tendenziell die Länder, bei denen die Gesamtabgabenquoten hoch sind.

Bei den Sozialabgaben dominieren Frankreich (14,9 %), Deutschland (14,7 %), die Niederlande (13,5 %), sowie Belgien, Italien und Polen (jeweils 13,3 %). Die Sozialabgabenquote liegt auch bei den weiteren ausgewählten Ländern bei mindestens 10 %, lediglich in Dänemark (<0,1 %), Großbritannien (6,4 %) und Schweden (9,2 %) spielt sie keine bzw. nur eine untergeordnete Rolle.

Weiterhin ist auffällig, dass Estland, Polen, und Spanien vor allem deshalb eine niedrige Gesamtabgabenquote aufweisen, weil in diesen Ländern insbesondere die Steuerquote mit jeweils unter 23 % verhältnismäßig niedrig ausfällt.

Im Vergleich zum Jahr 2009 ist die gesamte Abgabequote in den meisten Ländern – bis auf Schweden und Estland – zumindest moderat gestiegen. Dabei haben sich in allen Ländern entweder beide Abgabenquoten oder zumindest eine von beiden im Zeitverlauf erhöht. Fast überall ist jedoch die Steuerquote deutlich stärker gestiegen als die Sozialabgabenquote.

Mit Blick auf die Sozialabgaben lohnt sich zudem ein Blick im Detail. So weisen einige Staaten eher eine gleichberechtigte Aufteilung der Abgaben zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmer*innen, in den meisten Ländern übersteigen jedoch die Abgaben der Arbeitgeber die der Arbeitnehmer*innen (vgl. [Abbildung X.6](#)).

Die Schwankungen der Einnahmearten zwischen den verschiedenen Staaten resultieren nicht zuletzt aus den unterschiedlichen institutionellen Rahmenbedingungen der sozialen Sicherungssysteme, die in der Regel einen großen Anteil der öffentlichen Ausgaben ausmachen. In Ländern mit hohen Steuerzuweisungen definiert sich der Anspruch auf Sozialleistungen in der Regel über Grundsicherungskriterien und Ortsansässigkeit („Beveridge-Tradition“), während sich in Ländern mit hohem Sozialversicherungsanteil die Leistungsansprüche aus vorherigen Beitragszahlungen ableiten („Bismarck'sche Sozialversicherungstradition“).

Zusätzlich muss berücksichtigt werden, dass eine Orientierung allein an der Höhe der öffentlichen Abgaben zu kurz greift, da auch die Gegenseite der Belastungen – nämlich die öffentlichen Leistungen insgesamt – berücksichtigt werden muss. Es genügt nicht, lediglich die Einnahmen und Ausgaben des Staates ins Blickfeld zu nehmen, den Nutzen, also den Gegenwert aber auszublenden. So geht ein hohes Abgabenniveau meist mit gut ausgebauten Sozialversicherungssystemen einher, für die ansonsten private Mittel aufgewandt werden müssten.

Niedrige Steuern und Sozialabgaben sind demnach nicht mit geringen Aufwendungen für die Bereiche Arbeitslosigkeit, Gesundheit, Alter und Pflege gleichzusetzen. Sie besagen lediglich, dass die Ausgaben in diesen Bereichen in geringerem Maße über die öffentlichen Haushalte organisiert werden als in anderen Staaten. Andersherum lässt sich anhand der Abgabenquoten keine Aussage über die Effektivität und Qualität der Sozialpolitik treffen, sondern lediglich über die Verteilung der Einnahmen des Sozialbudgets.

Methodische Hinweise

Die Daten stammen aus den Steuerstatistiken der OECD (Tax Statistics, Revenue Statistics).

Außer Betracht bleiben hier die indirekten Steuern (spezielle Verbrauchsteuern und Mehrwertsteuer), die in die Preise eingehen und insofern die Verbraucher*innen belasten.

Die Angaben richten sich nach den Abgrenzungsmerkmalen der OECD, die nicht mit den Quoten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen der Europäischen Union oder der deutschen Finanzstatistik vergleichbar sind. In Deutschland werden bspw. zur Berechnung des Sozialbudgets bei den Sozialabgaben auch unterstellte Beiträge (für die soziale Absicherung der Beamt*innen oder für die Finanzierung der Entgeltfortzahlung) berücksichtigt. Berechnungen nach der Steuerstatistik der OECD kommen zu etwas niedrigeren Werten, da u.a. nur auf die tatsächlichen Einnahmen des Staates geschaut wird (vgl. [Abbildung II.12](#)).

Großbritannien hat die EU zum 01. Januar 2021 verlassen. Da es im Berichtsjahr 2018 jedoch noch Teil der EU war, wird es hier mit dargestellt.